

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 2 (1980)
Heft: 7

Artikel: Chemie auf unserer Seite
Autor: Meyn, Stephan / Stange, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stephan Meyn / Rainer Stange

Chemie auf unserer Seite

„Chemie lädt ein“, war das Motto einer public relations Kampagne*, die mit Betriebsbesichtigungen und einer Vortragsveranstaltung kürzlich in Berlin stattfand. Gleichzeitig leiert der Bundesverband der Chemischen Industrie eine Werbekampagne in überregionalen Zeitungen an. Droht ein „Bürgerdialog Chemie“? Die bisherigen Aktivitäten scheinen für eine umfassende Einschätzung noch nicht genügend, eins steht jetzt aber schon fest: das Erfolgsbuch *Seveso ist überall*, die geschärzte Wahrnehmung für Umweltschäden durch Chemikalien, schließlich die leider nur oberflächliche Diskussion um das sog. Umweltchemikaliengesetz haben in den letzten zwei Jahren offensichtlich einen Legitimationsdruck auf die Chemische Industrie erzeugt. Diesem versucht sie mit einem etwas bieder gestrickten Konzept beizukommen, daß auf fatale Weise z.B. an die Anzeigenkampagne der Elektrizitätsversorger erinnert („Auch Hessen braucht Kraftwerke“).

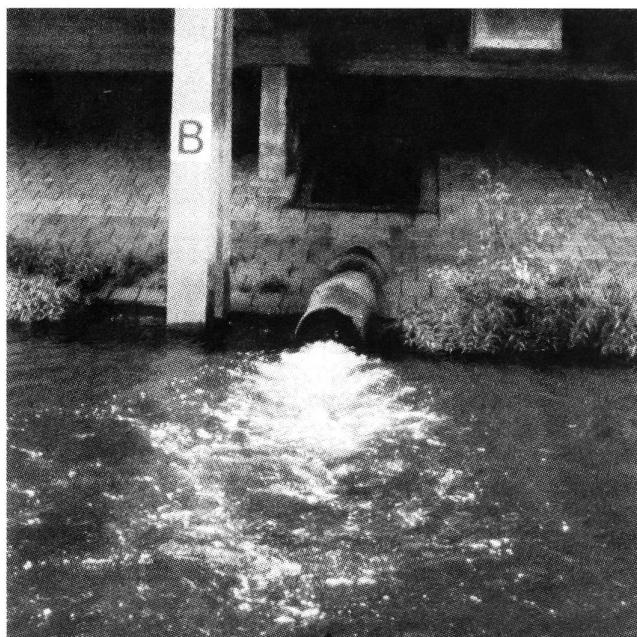
In Berlin standen als „Kontrahenten“ Eberhard Weise, Leiter des Werks Leverkusen der Bayer AG und Heinrich von Lersner, Präsident des Umweltbundesamtes auf dem Podium. Weise, der offensichtlich des öfteren derartige Gelegenheiten nutzt, versuchte, mit einem Diavortrag das Publikum vom unverzichtbaren Nutzen der Chemie zu überzeugen. Unter anderem müssen wir eine erhebliche Erhöhung der Lebenserwartung in diesem Jahrhundert weitgehend auf das Konto der Chemischen Industrie abbuchen, die ganze weitere Palette neben den Pharmaka, also Farbstoffe, Kunstfasern, Polymere etc. war auch im Bild vertreten. Ihre Produktion und Verteilung unter die zahlende Bevölkerung führt neben den Nutzeffekt auch Risiken mit sich, dies wurde offen zugestanden. Weise versuchte jedoch nach klassisch marktwirtschaftlichem Muster eine Situation aufzubauen, in der der Anwender eines chemischen Erzeugnisses letztendlich die Nutzen-Risiko-Abschätzung durchführen kann. Im übrigen sei man bezüglich der Emission in der Produktion stets an der Grenze des technisch Machbaren, während ein klares Urteil über die ökologischen Folgen der „Umweltchemikalien“ außerordentlich kompliziert sei. Eine völlig risikolose Gesellschaft sei aber auch eine nutzlose.

Etwas anders stellt sich das Problem der Umweltbelastung durch chemische Produktion in der Spur des Umweltbundesamtes dar, dessen Chef von Lersner „als Jurist allerdings von Chemie nur soviel versteht, wie er 30 Jahre nach seiner Schulzeit noch in Erinnerung hat“. Dennoch hat er soviel von Umweltkonflikten verstanden, daß er bei allem Respekt nicht alle Argumente des Industrievertresters hinnimmt. Für den Juristen ist die Industrie nur eine gesellschaftliche Interessengruppe, andere sind Bürger oder Wissenschaftler. Diese sind allesamt, wie auch die „grünen Schwärmer“

Bürger oder Wissenschaftler. Diese sind allesamt, wie auch die „grünen Schwärmer“, zur Meinungsäußerung berechtigt, zur politischen Entscheidung letztendlich jedoch inkompotent. Hier tritt nun eine Institution des Staates, also z.B. das Umweltbundesamt, in Aktion.

Wissenschaft hat in diesem Prozess ihre wohldefinierte Position. „Die dem Staat obliegende Abwasserungspflicht zwischen ... Vorteil ... und potentiell Risiko ... ist wie jede derartige Interessenabwägung eine politische Entscheidung. Bei der Risiko-

abschätzung müssen sich die zuständigen staatlichen Organe zwar von sachkundigen wissenschaftlichen Experten beraten lassen. Die Abwägung und damit die Entscheidung selbst kann aber schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Expertengremien verlagert werden.“ Während von Lersner den Wissenschaftlern generell zugesteht, daß sie zu politischem Denken und Handeln befähigt seien wie jeder andere, sei diese Eigenschaft jedoch nicht erwünscht, ja nicht einmal juristische zulässig, wenn sie unseren Staat beraten. Es hieße, den Sachverständigen zum Richter machen! Leider konnte auch er sich einiger Plattheiten nicht enthalten, wie z.B. der, daß „die Juden und Freimaurer von gestern Radioaktivität und PCB's von heute seien“ (PCB's = polychlorierte Biphenyle).



Auf die beiden Referate folgte schließlich eine recht fade Diskussion, die im wesentlichen auf verschiedenen technischen Standpunkten zu Umweltschutzfragen und Chemie stehenblieb. Einzig ein Disputant konnte dem Bayer-Mann entgegenhalten, daß die Produktion des inzwischen international geschmähten PCB in seinen Werken zunähme, daß also ein Großkonzern auf diese Weise bescheidene Ansätze zur Verringerung der Belastung mit Chemikalien zu seinem Vorteil ausnützen könne.

Offensichtlich können Diskussionen über ökologische Gefahren durch chemische Produkte bei weitem nicht das Engagement produzieren, das der Kernenergiokonflikt immer wieder hervorgebracht hat.

Die Gründe hierfür sind eigentlich noch nicht so recht bekannt. Zweifellos kann die Kernenergiedebatte auf eine längere Tradition und damit auch ein geschärferes Bewußtsein zurückblicken. Dennoch sind die kleinen und großen Skandale, mit denen der Umgang mit Chemie auf allen Ebenen täglich verbunden ist, in ihrer Summation den drohenden und schon existierenden Gefahren der Kernenergie durchaus vergleichbar. Fehlt ihnen vielleicht noch eine Komponente wie ‚Chemie-Staat‘?

*Weitere Informationen zur Kampagne der Chemie-Industrie siehe „umweltmagazin“ Oktober 80, S.24 *Millionenkampagne zur Imagepolitik*.